

auf eine stärkere Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes, sondern auf ein Nachlassen des Auslandsmarktes zurückzuführen ist. Es ist auch zu bedenken, daß wir den Sachwert der Vorkriegsausfuhr erst zu 85 v. H. wieder erreicht haben. Gleichwohl zeigen die letzten Jahre Möglichkeiten, an deren Entwicklung weitergearbeitet werden muß. Unsere

Handelspolitik

hat an dieser Entwicklung einen starken Anteil. Die Handelsverträge mit Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz haben sich im großen ganzen als günstig erwiesen. Es geht deshalb nicht an, sie der Fernhaltung der Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu opfern. Die Meistbegünstigung ist für Deutschland, das Land der vielfältigsten Ausfuhr nach allen Teilen der Erde, nach wie vor ein unentbehrlich notwendiges Werkzeug der Erleichterung und Vereinfachung des Wettbewerbs. Aber die gleichmäßige Meistbegünstigung kann in manchen Fällen ein Hemmnis des Abschlusses von Handelsverträgen, namentlich mit Ländern kleineren Handelsumfanges werden, da die mit diesen vereinbarten Tarifiermäßigungen sofort nicht nur jenen meistbegünstigten Ländern zugute kämen, die keinen oder nur einen allgemein mäßigen Zolltarif haben, sondern auch den Vereinigten Staaten von Amerika, die auf der ganzen Linie durch überhöhte Zölle sich von uns absperren; ferner würden Zollermäßigungen, die einen agrarisch-industriellen Ausgleich mit den Ländern des nächsten Ostens vermitteln sollen, zufolge der Meistbegünstigung den La-Plata-Staaten und Kanada künftig unsere Landwirtschaft schutzlos preisgeben, ohne daß unsere industrielle Ausfuhr dorthin stiege. Wenn deshalb Herr Minister Dietrich heute näher den Gedanken entwickelte, innerhalb Europas zu stärkerer Annäherung und zu einem Ausgleich industrieller gegenüber agrarischen Ausfuhrbedürfnissen zu kommen, insbesondere gegenüber den entwicklungsfähigen Marktgebieten im Osten des Reiches, so verdienen auch unseres Erachtens diese Gedankengänge stärkste Beachtung, zumal der ausfuhrfähige Getreideüberschuß Polens, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens im Verhältnis zu dem Gesamtzuschußbedarf der industriellen Staaten der Mitte — Frankreich, Belgien, Deutsches Reich, Tschechoslowakei, Österreich — gering ist und auch bei einer starken Anbau- und Ertragssteigerung bleiben wird. Schon gegenwärtig zeigen sich in dieser Mitte Europas engere und weitere